

L'économie solidaire

Une réponse à la crise du travail - le cas brésilien

Selon Jean-Louis Laville (socio-économiste - LISE et CNRS-CNAM en France) la crise de la société salariale nous oblige à repenser radicalement non seulement le rapport entre l'économie et le social, mais également ce qu'il faut entendre par économie.

La crise économique ne peut être expliquée par les seules rigidités induites par l'intervention de l'Etat dans l'économie. C'est plutôt la synergie Etat-Marché qui fait que la crise économique actuelle est à la fois une crise de l'Etat et une crise du Marché. La dérégulation sociale ne répond aucunement à ces enjeux.

Ainsi au Brésil, l'apparition de l'économie solidaire correspond à la redécouverte de la lutte historique des travailleurs. Dans les débuts du capitalisme, les relations dans le travail salarié ont conduit à un tel degré d'exploitation du travail humain que les travailleurs se sont constitués en syndicats et en entreprises coopératives et associatives. Les luttes ont toujours été complémentaires dans ces deux domaines; cependant, l'ampleur gagnée par le travail salarié dans le monde a mené à une hégémonie progressive de ce type de rapport capitaliste, par une transformation généralisée, y compris du travail humain, en marchandise.

La crise actuelle du travail salarié met définitivement à nu les projets du capitalisme de transformer tout et tous en marchandises à proposer et consommer dans un marché égalisé par la «compétitivité». Aujourd'hui, plus de 50 pour cent des travailleurs du Brésil vivent en marge du secteur capitaliste. Cela représente un défi qui ne pourra être totalement relevé que par un mouvement combinant et développant un projet alternatif d'économie solidaire. Des pratiques de relations éco-

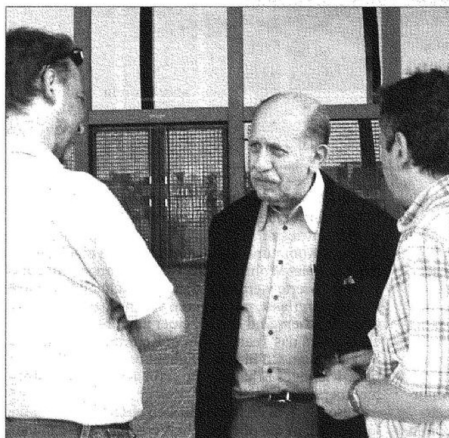
nomiques et sociales qui permettent d'emblée la survie et l'amélioration de la qualité de vie chez des millions de personnes sont apparues. Elles sont fondées sur des rapports de collaboration solidaire qui considèrent l'être humain comme sujet et finalité de l'activité.

L'économie solidaire est génératrice de travail et de revenus. Elle a pour fonctions de satisfaire les besoins de tous, en prouvant qu'il est possible d'organiser la production et la reproduction de la société de façon à éliminer les inégalités matérielles et diffuser les valeurs de solidarité humaine.

Initiatives portées par les citoyens

Le boom de l'économie solidaire au Brésil ne résulte pas d'un projet syndical, politique ou universitaire: il s'agit d'abord d'initiatives portées par les citoyens qui trouvent des relais dans la société civile et un écho national, grâce à la capacité d'innovation des mouvements sociaux et culturels, et à la présence institutionnelle d'une gauche de transformation sociale.

Cette conception de l'économie solidaire va bien au-delà d'un «tiers secteur» résiduel. Pour le Secrétaire d'Etat à l'économie solidaire brésilien Paul Singer, l'économie solidaire est un «apprentissage qui permet à des fractions de la classe travailleuse d'assumer collectivement la gestion de l'économie». Selon lui, on doit viser un processus de transformation sociale de la société où le développement de l'auto-organisation économique jouerait un rôle fondamental, avec la démocratisation radicale de l'Etat et des entreprises. Pour Paul Singer, les entreprises solidaires constituent de véritables «révolutions locales».



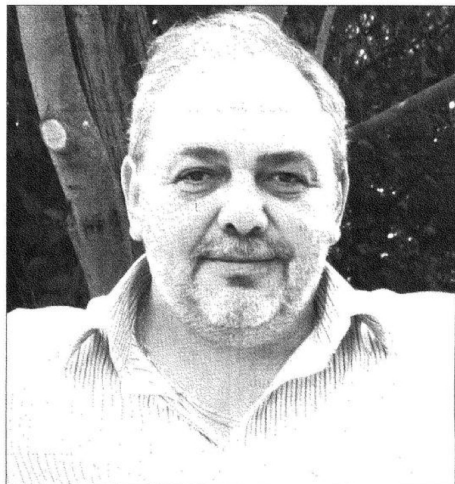
Paul Singer, brésilien, Secrétaire d'Etat à l'économie solidaire, au cours d'un entretien avec Romain Binsfeld, membre du conseil d'administration d'Objectif Plein Emploi asbl, à l'occasion de l'Ecosolles en Nantes (F) en juin 2006

Cette page est en collaboration avec l'Institut européen de l'économie solidaire. Elle est publiée dans le Deuxième Semestre.

Ein Interview mit OPE-Vorstandsmitglied Romain Binsfeld

Alle Menschen sind gleich ...

Alle Menschen sind gleich, nur vor dem Luxemburger Recht sind einige gleicher - noch. Ein Interview mit Romain Binsfeld, geschäftsführendes Vorstandsmitglied von Objectif Plein Emploi (OPE) und ehemaliger Leiter des „Service juridique“ vom OGB-L.



Romain Binsfeld, geschäftsführendes OPE-Vorstandsmitglied

„INEES“ (Institut Européen de l'Economie Solidaire): Herr Binsfeld, als Kenner des Luxemburger Arbeitsrechtes, was halten Sie vom Gesetzesentwurf 5144?

Romain Binsfeld: „Endlich ein Schritt in die richtige Richtung! Die Regierung hat erkannt, dass sie in der Vergangenheit Fehler begangen hat und diese ausbessern muss. Sie gesteht der Solidarökonomie, was den beschäftigungspolitischen Bereich anbelangt, ihren angestammten Platz im Luxemburger Wirtschaftssystem zu. Und insbesondere die Arbeitnehmer in diesem Sektor erhalten endlich die gleichen Rechte, wie ihre Kollegen in den anderen Sektoren. Sie müssen nicht länger einen befristeten Arbeitsvertrag unterschreiben, der sie unweigerlich zwingt, nach spätestens zwei Jahren auf Arbeitssuche zu gehen oder Arbeitslosigkeit anzunehmen. Es wurde höchste Zeit, dass diese Ungleichbehandlung ein Ende hat.“

„INEES“: Aber das Zurückgreifen auf befristete Arbeitsverträge (CDD) ist doch absolut Usus in diesem Land. Warum dann nicht auch in Ihrem Bereich?

R.B.: „Aber das ist doch genau das Problem. 1989 hieß es, der unbefristete Arbeitsvertrag solle die Regel sein, dies war der erklärte Wille des Gesetzgebers. Der befristete Arbeitsvertrag wurde eingeführt, um in gewissen Situationen gezielt auf die Bedürfnisse eines Unternehmens reagieren zu können, z.B. wenn ein Mitarbeiter Erziehungsurlaub nimmt und für eine begrenzte Zeit ersetzt werden muss.“

Die Realität ist eine andere. Die atypischen Arbeitsverhältnisse sind im Vorrang. Leiharbeitsverträge gelten als 'chic' und werden des Öfteren als verlängerte Probezeiten genutzt, aber auch als Sprungbrett.

Mittlerweile wird der CDD vom Patronat im Namen der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit als gängiges Mittel genutzt, um Menschen in Unsicherheit und

Abhängigkeit zu halten. Und dann wurden auch noch die solidarwirtschaftlichen Unternehmen gezwungen, mit ihnen zu funktionieren. Wir sind kein Parkplatz, auf dem die Leute vorübergehend abgestellt und ein wenig beschäftigt werden. Unsere Leute leisten reale Arbeit und schaffen einen realen Mehrwert, der weit über den rein finanziellen Mehrwert, den andere Unternehmen erbringen, hinausgeht.“

Vielleicht haben einige von ihnen eine ungenügende Ausbildung oder leben in unsicheren Verhältnissen, aber dies allein ist kein Grund, sie von Gesetzes wegen zu benachteiligen. Diese Betrachtungsweise wurde und wird von verschiedenen Berufskammern und besonders auch vom Staatsrat geteilt.“

„INEES“: Betrifft diese Ungleichbehandlung nur das Arbeitsrecht, oder können Sie uns auch noch andere Beispiele nennen?

R.B.: „Die Beispiele häufen sich. Zwei Punkte sollen hier genannt werden. Erstens wäre da die Mitbestimmung. Es gibt eindeutige Gesetze, nur sind sie nicht anwendbar auf ein Netzwerk wie z.B. Objectif Plein Emploi, u.a. auch aufgrund der

CDD-Regelung. Konsequenz: Die Interessen der Mitarbeiter sind ungenügend geschützt. Es liegt an uns, Lösungen zu finden. Vom Gesetzgeber kommt kein Vorschlag. Das Gleiche gilt für den zweiten Punkt, den Bereich Sicherheit und Gesundheit. Innovative Projekte passen nicht in die aktuelle Gesetzgebung, aber es wird von der Legislative nichts getan, um in dieser Situation Abhilfe zu schaffen.“

„INEES“: Und wie könnte man das?

R.B.: „Ganz einfach, die Spielregeln an die Realität anpassen. Und die Realität ist nun mal, dass es drei Wirtschaftspfeiler in unserem Land gibt: den öffentlichen, den privatwirtschaftlichen und den solidarwirtschaftlichen Pfeiler. Also muss die Gesetzgebung auch diese drei Pfeiler abdecken.“

Aus diesem Grund sind wir sehr froh, dass das Arbeitsministerium uns seine Unterstützung zugesagt hat bei der Ausarbeitung eines juristischen Statutes für Luxemburger solidarwirtschaftliche Unternehmen. Wir werden darauf achten, dass all diese Probleme behoben werden und unsere Mitarbeiter genauso behandelt werden wie die anderen Arbeitnehmer.“

Die Minister Biltgen und Halsdorf über die Solidarwirtschaft

Bravo! Der Groschen ist gefallen

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Solidarwirtschaftliche Unternehmen tragen zur Lebensqualität der Bevölkerung und zur Entwicklung der Regionen bei, sie schaffen Arbeitsplätze und Kapital.

„Anders wirtschaften“ ist Synonym für Mitbestimmung, Mehrwert, Wertschätzung, Innovation und Kohäsion. Das haben auch die Politiker Luxemburgs erkannt. Hierauf lassen die Aussagen Biltgens und Halsdorfs anlässlich der 6. nationalen Konferenz der ehrenamtlichen Mitarbeiter des Netzwerkes Objectif Plein Emploi schließen (das „Tagblatt“ berichtete). Unisono vertrat sie den Ausbau des solidarwirtschaftlichen Sektors in Luxemburg.

Minister Halsdorf ging insbesondere auf den Output ein, den die Solidarökonomie erzielt. Er lobte den Initiativegeist der Verei-

nigung, der die lokale Entwicklung vieler Gemeinden entscheidend und ganz individuell in den letzten Jahren geprägt hat. Er hob den Mehrwert hervor, den solidarwirtschaftliche Unternehmen erzeugen - kein rein finanzieller Mehrwert, sondern insbesondere ein sozialer.

Gesetzesentwurf 5144

Minister Biltgen ging in seinen Ausführungen sogar noch einen Schritt weiter. Er bestätigte, was in seinem Gesetzesentwurf 5144 zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereits angeklungen ist: Solidarwirtschaft ist nicht gleichbedeutend mit Integration durch Beschäftigung, sie geht viel weiter. Sie ist ein unterstützenswertes und ausbaufähiges Gut, sie bedarf einer Anpassung der

Spielregeln und einer gesicherten Finanzierung. Und vor allem: Personen, die in einem solidarwirtschaftlichen Unternehmen arbeiten, sind keine Menschen zweiter Klasse, die für die echte Welt nicht taugen. Sie leisten ihren Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft und dieser muss entsprechend gewürdigt werden.

Die jahrelange Lobbyarbeit scheint endlich ihre Früchte getragen zu haben. Ansonsten hätte das Arbeitsministerium wohl kaum seine Unterstützung bei der Ausarbeitung eines rechtlichen Statuts für solidarwirtschaftliche Unternehmen zugesagt.

Und es würde sich wohl auch nicht für die gleichberechtigte Behandlung aller Arbeitnehmer einsetzen, indem es eine entsprechende Anpassung des Arbeitsrechts vornimmt. Bravo!